

# Jetzt droht eine neue Nachrüstung

Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten der damalige US-Präsident Ronald Reagan und der Generalsekretär der sowjetischen KPdSU, Michail Gorbatschow, im Weissen Haus in Washington die sogenannte «doppelte Nulllösung» für die «Intermediate-range nuclear forces» (INF, atomare Mittelstreckenwaffen) der beiden Grossmächte. Der Vertrag regelte den Abzug und die Verschrottung aller landgestützten atomaren Raketen kürzerer (500 bis 1500 Kilometer) und mittlerer (1500 bis 5500 Kilometer) Reichweite sowie ihrer Abschussrampen und sonstigen Infrastruktur nicht nur in Europa, sondern weltweit, innerhalb von drei Jahren. Das vor 30 Jahren vereinbarte INF-Abkommen ist bis heute ein Kernelement der Rüstungskontrolle zwischen den USA und Russland, gerät aber zunehmend unter Druck.

/ Andreas Zumach /

Mit dem historischen Abkommen wurden erstmals in der Rüstungskontrollgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg nicht nur numerische Obergrenzen oder andere Einschränkungen für bestimmte Waffensysteme vereinbart, sondern deren vollständige Abrüstung. Zudem vereinbarten die beiden Grossmächte weitreichende gegenseitige Inspektionsmassnahmen während der Umsetzung des Vertrages sowie das Verbot der Neuentwicklung und Produktion dieser Waffensysteme. Nicht unter das

INF-Abkommen fallen atomare Artillerie und Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von unter 500 Kilometern.

Am 1. Juni 1988 trat der INF-Vertrag in Kraft. Damit ging eine zehnjährige Eskalationsphase der atomaren Aufrüstung in Europa zu Ende, die nicht nur im damaligen NATO-Frontstaat Bundesrepublik Deutschland und anderen Mitgliedsländern der westlichen Militärallianz, sondern auch in blockungebundenen Staaten wie der Schweiz und Schweden die grösste Friedensbewegung seit Ende des Zweiten Weltkrieges ausgelöst hatte. Auch in der DDR und anderen Mitgliedsländern der östlichen Warschauer Vertragsorganisation WVO regte sich erstmals deutlicher Widerstand gegen die Anhäufung von immer mehr atomaren Massenvernichtungswaffen der Sowjetunion und der USA in Europa.

## Helmut Schmidts «Raketenlücke»

Am 28. Oktober 1977 hatte der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Rede vor dem International Institute for Strategic Studies IISS in London Sorgen über eine angebliche «Raketenlücke» auf NATO-Seite geäussert. Das westliche Bündnis habe keine ausreichenden Mittel gegen die auf Westeuropa gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20, die die Sowjetunion damals stationierte. US-Präsident Jimmy Carter schlug daraufhin Anfang 1979 bei einem Treffen mit Schmidt sowie den Regierungschefs

Frankreichs und Grossbritanniens vor, 108 atomare Pershing-II-Raketen und 464 Marschflugkörper (Cruise Missiles) des Typs Tomahawk in Deutschland, Grossbritannien, den Niederlanden, Belgien und Italien zu stationieren.

Am 12. Dezember 1979 übernahm ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus den damals 16 Mitgliedsstaaten der NATO offiziell den Aufrüstungsvorschlag des US-Präsidenten. Der NATO-Gipfel kleidete seine Entscheidung allerdings in einen «Doppelbeschluss»: Von Moskau forderte die NATO den Abbau der bereits stationierten SS-20-Raketen. Sollte Moskau diese Forderung nicht erfüllen, werde es zur westlichen «Nachrüstung» mit Pershing-II und Cruise Missiles kommen.

## Die Perversion des Denkens

Dieser «Doppelbeschluss» und das darin enthaltene «Verhandlungsangebot» an die Sowjetunion waren vor allem eine Konzession an die zunehmend aufrüstungskritische Stimmung nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Regierungsparteien einiger NATO-Staaten. Bereits 1977/78 hatte das Vorhaben der USA, in Europa eine «Neutronenwaffe» zu stationieren, deren «Vorteil» es sei, dass sie nur gegnerische Soldaten töte, aber keine Gebäude zerstöre, vor allem in der BRD für grosse Unruhe gesorgt. Egon Bahr, der führende Sicherheitspolitiker von Helmut Schmidts Regierungspartei SPD, bezeichnete die Neutronenbombe damals als eine «Perversion des Denkens». In der Schweiz sammelte die Friedensbewegung in kurzer Zeit über 25'000 Unterschriften gegen diese Perversion. Die Neutronenwaffe wurde nie in Europa stationiert.

In der BRD löste auch der NATO-Beschluss zur Stationierung neuer Atomwaffen die grössten Sorgen und die intensivste sicherheitspolitische Debatte aus. Der damalige Frontstaat der NATO mit Grenzen zu drei Mitgliedsstaaten (DDR, Polen, Tschechoslowakei) der gegnerischen östlichen Militärallianz WVO wäre bei einem Krieg zwischen NATO und WVO das Hauptschlachtfeld gewesen. Hier befanden sich die meisten Streitkräfte und Militärbasen von NATO



# kontroverse

und USA und waren bereits vor 1979 weit mehr amerikanische Atomwaffen stationiert als in irgendeinem anderen westeuropäischen Mitgliedsland der NATO. Das waren sämtlich potenzielle Ziele für sowjetische Raketen. Und in der BRD sollten nach den NATO-Plänen auch die meisten (204) der 572 im NATO-Doppelbeschluss vorgesehenen zusätzlichen Atomwaffen stationiert werden, darunter sämtliche 108 Raketen vom Typ Pershing-II. Für die Umsetzung dieser Pläne waren die Zustimmung der deutschen Regierung und die Unterstützung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung.

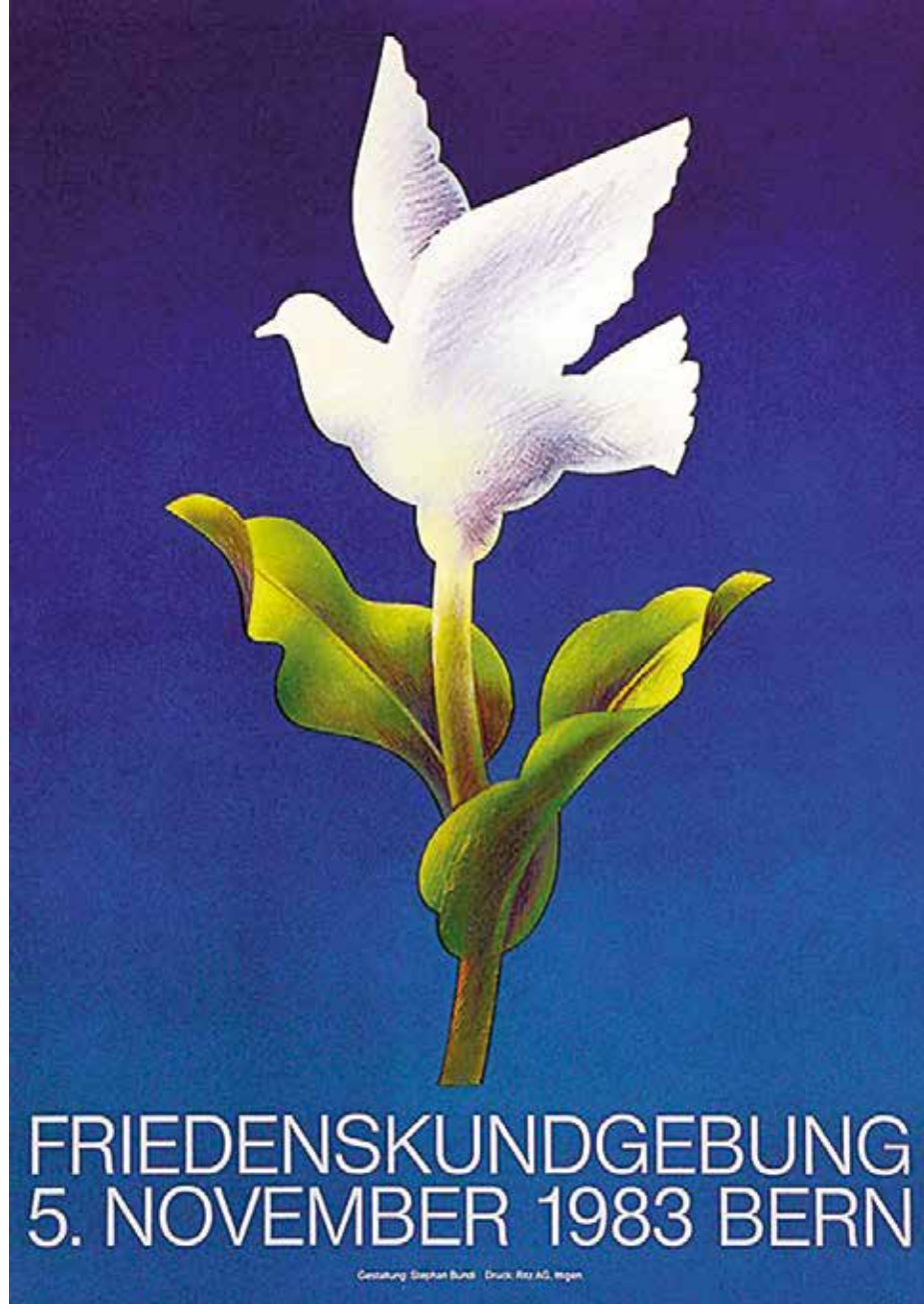
## Erste Risse im «Doppelbeschluss»

Auf dem Berliner Bundesparteitag der SPD, eine Woche bevor die NATO am 12. Dezember 1979 auf ihrem Gipfeltreffen den «Doppelbeschluss» zur «Nachrüstung» offiziell fasste, erhielt Kanzler Helmut Schmidt bereits nur noch 60 Prozent Zustimmung für dieses Vorhaben. Bereits im März 1979 hatte der damalige Kommandeur der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, Generalmajor Gert Bastian, in einem Zeitungsinterview mit dem Autor dieses Artikels den «Doppelbeschluss» kritisiert. Das war ein erster Riss in der bis dato völlig geschlossenen Front der Befürworter des «Doppelbeschlusses» aus Militärs und Sicherheitspolitikern der etablierten Parteien in der BRD und den Mitgliedsländern der NATO.

Nach Bastians öffentlicher Kritik äuserten sich auch aktive wie pensionierte Generäle in anderen Ländern kritisch. Zunächst nur in Westeuropa, ab 1982 dann auch in den USA. Dort schaffte die «Nuclear-Freeze»-Bewegung, die für ein Einfrieren und den nachfolgenden schrittweisen Abbau der atomaren Arsenale beider Grossmächte plädierte, ihren Durchbruch in der Öffentlichkeit, als sich im März 1982 der demokratische Senator Edward Kennedy und sein republikanischer Kollege Mark Hatfield hinter dieses Anliegen stellten.

## Atomarer «Enthauptungsschlag»

In der BRD gründeten Bundeswehrsoldaten, die den Doppelbeschluss ab-



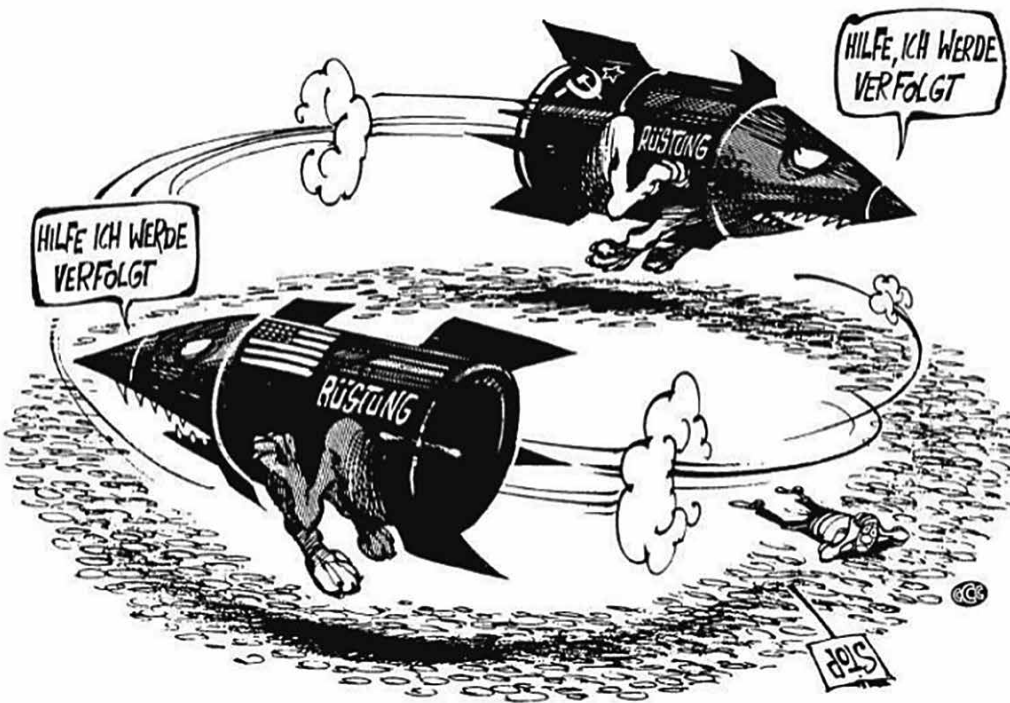
Auch in der Schweiz hatte sich eine grosse Bewegung gegen die atomare Aufrüstung entwickelt (siehe rechte Spalte auf Seite 23), die in einer Grosskundgebung am 5. November 1983 in Bern kulminierte.

lehnten, die Vereinigung «Darmstädter Signal». Sie beschäftigt sich bis heute kritisch mit der Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands und der NATO. Die Sorgen und Bedenken nicht nur in der Friedensbewegung richteten sich vor allem auf eine damals ganz neue US-amerikanische Waffenentwicklung, die Pershing-II-Rakete, die an drei süd-deutschen Standorten (Mutlangen, Heilbronn, Neu-Ulm) stationiert werden sollte. Grund der Besorgnis: Mit ihrer Schnelligkeit, Zielgenauigkeit und Zerstörungskraft machte die Pershing-II erstmals seit Beginn der Ost-West-Konfrontation einen atomaren «Enthauptungsschlag» der NATO gegen die Sowjetunion zumindest vorstellbar, ein «Enthauptungsschlag», der der UdSSR ihre gesicherte Zweitschlagskapazität

genommen und damit die Grundlage des atomaren Abschreckungspatts zerstört hätte.

Verstärkt wurden diese Sorgen noch, als nach der Wahl Ronald Reagans zum neuen US-Präsidenten im November 1980 im Pentagon tatsächlich Konzeptpapiere verfasst wurden, die die Option eines solchen «Enthauptungsschlages» enthielten sowie das Szenario eines auf Europa begrenzten Atomkrieges mit den beiden deutschen Staaten als Kerngebiet dieses Krieges. Auch Reagans Pläne für ein weltraumgestütztes Abwehrsystem gegen sowjetische Raketen (Strategic Defense Initiative, SDI) trugen zu diesen Sorgen bei. Sie herrschten nicht nur in der Friedensbewegung vor,

Fortsetzung Seite 22



Fortsetzung von Seite 21

sondern auch in der Bundeswehrführung, wie damals noch aktive Generäle Jahre später, nach ihrer Pensionierung, bestätigten.

### Von der «massiven» zur «abgestuften» Vergeltung

Denn die Lage ähnelte der Situation in den Jahren 1966/67. Damals verordneten die USA innerhalb der NATO den Strategiewechsel von der «massiven Vergeltung» (massiv retaliation) hin zur «abgestuften Antwort» (flexible response). Die «massive Vergeltung» sah bei einem konventionellen Angriff der Warschauer Pakt-Staaten nicht nur den sofortigen Einsatz aller konventionellen Streitkräfte und Waffen der NATO vor, sondern auch der in Westeuropa stationierten taktischen Atomwaffen der NATO sowie der strategischen Atomwaffenarsenale (Interkontinentalraketen, U-Boote, Langstreckenbomber) der USA.

Die neue Strategie der «abgestuften Antwort» hingegen sah vor, auf einen Angriff der Warschauer Vertragsorganisation zunächst nur mit konventionellen Waffen zu reagieren, dann bei Bedarf taktische Atomwaffen einzusetzen und erst in einer dritten Eskalationsstufe die strategischen Arsenale der USA. Dieser Strategiewechsel der USA führte vor 50 Jahren in der Führung der Bundeswehr und den Streitkräften anderer westeuropäischer NATO-Staaten zu der Sorge, die USA könnten sich aus dem «Risi-

koverbund» der NATO abkoppeln und eine militärische Auseinandersetzung mit der Warschauer Vertragsorganisation auf Europa begrenzen wollen.

Am 10. Oktober 1981 demonstrierten in Bonn über 300'000 Menschen friedlich gegen die geplante Aufrüstung mit Pershing-II und Cruise Missiles, aber auch gegen die SS-20 in der Sowjetunion. «Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung» lautete das zentrale Motto dieser bis dahin grössten Demonstration und Friedenskundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik. Bundeskanzler Schmidt versuchte vergeblich, den Redeauftritt des führenden SPD-Politikers Erhard



Eppler zu verhindern und Bundestagsabgeordneten seiner Partei die Teilnahme an der Demonstration zu verbieten.

Zwei Wochen vor dem 10. Oktober waren in Amsterdam bereits 450'000 Menschen gegen die atomare Rüstung auf die Strasse gegangen. In den folgenden Wochen demonstrierten Hunderttausende in den Hauptstädten der drei Länder, die für die Stationierung der atomaren Cruise Missiles vorgesehen waren, nämlich in London, Rom und Brüssel, sowie in den Hauptstädten anderer NATO-Staaten. In der DDR wagten sich unter dem Motto «Schwerter zu Pflugscharen» kirchliche Friedensgruppen nun stärker in die Öffentlichkeit und forderten den Abzug der in der DDR und anderen Ostblockstaaten stationierten sowjetischen Kurzstreckenraketen vom Typ SS-21 und SS-23. Auch in der Schweiz demonstrierten in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre Zehntausende gegen die atomare Aufrüstung – allein am 5. Dezember 1983 in Bern über 40'000 Menschen (siehe das Kundgebungsplakat von Stephan Bundi auf Seite 21 oben).

### Absetzbewegung in der SPD

In der der deutschen Regierungspartei SPD setzten sich unter dem Einfluss der Friedensbewegung immer mehr Teilgliederungen wie die Jungsozialisten, Ortsvereine, Unterbezirke und ganze Landesverbände von der Linie ihres Kanzlers ab und forderten ein «Nein» der Partei zur Stationierung der neuen Atomraketen. Dieser Prozess verstärkte sich noch, nachdem im Frühjahr 1982 infolge des Seitenwechsels der FDP und dem daraus folgenden Ende der SPD/FDP-Koalition Helmut Kohl (CDU) Kanzler wurde und die SPD in die Opposition ging. Kurz nach Kohls Amtsantritt demonstrierten im Juni 1982 beim NATO-Gipfel in Bonn knapp eine halbe Million Menschen gegen die geplante atomare Aufrüstung.

Scheinbar unbeirrt hielt Kohl an den Plänen fest und versicherte, er werde den von der NATO für Ende 1983 vorgesehenen Beginn der Stationierung der Pershing-II und Cruise Missiles in der BRD durchsetzen. Wie gross die Ablehnung in der Bevölkerung war, zeigte im August 1982 eine vom ZDF-Politbarometer in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage: 75 Prozent der Befragten sprachen sich gegen die Stationierung der neuen Atomwaffen aus, mit Mehrheiten unter den WählerInnen aller Par-

teien und in allen Altersgruppen. Das Kanzleramt drängte das ZDF, diese Umfrageergebnisse nicht zu veröffentlichen, doch sie wurden dem Autor zugespielt und vom Bonner Koordinationskreis der Friedensbewegung veröffentlicht.

### Demos an den Stationierungsorten

Am 22. Oktober 1983 kam es mit grossen Demonstrationen in Bonn, Hamburg und Berlin sowie der 108 Kilometer langen Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm zu einem letzten Höhepunkt der Friedensbewegung. Auf der Bonner Kundgebung bekräftigte der SPD-Vorsitzende, Friedensnobelpreisträger und Ex-Bundeskanzler Willy Brandt das «Nein» seiner Partei zur Stationierung, das die SPD inzwischen auf einem Bundesparteitag beschlossen hatte. Vier Wochen später stimmte der Bundestag dennoch mit der Mehrheit der Regierungskoalition von CDU/CSU/FDP für die Stationierung der neuen Atomraketen, die wenig später begann.

An den Stationierungsorten Mutlangen, Heilbronn und Neu-Ulm demonstrierten in den folgenden Jahren zehntausende Friedensbewegte und blockierten gewaltfrei die Eingänge der US-amerikanischen Militärgelände. Viele Hunderte wurden angeklagt und von den zuständigen Amtsgerichten gemäss §240 des Strafgesetzbuches wegen Nötigung verurteilt. Jahre später urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass gewaltfreie Blockaden nicht den Straftatbestand der Nötigung erfüllen. In Grossbritannien demonstrierten und protestierten Frauengruppen der Friedensbewegung jahrelang an dem für die Stationierung der Cruise Missiles vorgesehenen Luftwaffenstützpunkt in Greenham Common.

### INF-Verhandlungen in Genf

Die Sowjetunion war anfangs nur nach einer Rücknahme des «Doppelbeschlusses» zu Verhandlungen mit der NATO bereit, liess sich im Oktober/November 1980 aber doch auf «Vorgespräche» mit den USA in Genf ein. Ab November 1981 verhandelten dann beide Seiten offiziell in Genf. Zunächst unterbreiteten sie nur Vorschläge, die auf eine Reduzierung und zahlenmässige Obergrenze von Atomwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite in Europa zielten. Einer der Hauptstreitpunkte war Moskaus Forderung, bei einem künftigen Gleichgewicht auf niederem Niveau auch die britischen und französischen Atomwaf-

fen dieser Kategorie mit anzurechnen. Die Forderung lehnten die USA und die NATO stets kategorisch ab.

Im November 1982 wurden die Genfer Verhandlungen ergebnislos unterbrochen. Und nach Beginn der Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles ab Ende 1983 gab es zunächst keine Aussicht auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Doch nach der Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU im Frühjahr 1985 kehrte die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zurück und zeigte sich bereit zu einem vollständigen Verbot von atomaren Raketen kürzerer und mittlerer Reichweite.

### Gorbatschow und Reagan einigen sich

Eine entsprechende Verständigung wurde zwischen Washington und Moskau nach zwei Gipfeltreffen mit Gorbatschow und Reagan bereits im Frühjahr 1987 erreicht. Doch dann gab es Widerstand aus Deutschland: Die Sowjetunion verlangte, dass auch die bei Einheiten der Bundeswehr stationierten 72 atomaren Pershing-1A-Raketen der USA mit einer Reichweite von gut 700 Kilometern unter die geplante «doppelte Nulllösung» fallen müssten. Doch Teile von CDU/CSU sprachen sich gegen die Einbeziehung dieser Raketen in den Vertrag aus. FDP, Grüne und SPD waren für ihre Abrüstung. Im Sommer 1987 beendete Bundeskanzler Helmut Kohl unter deutlichem Druck aus Washington den Streit und stimmte dem Abzug der Pershing-1A-Raketen zu. Die Zustimmung erfolgte einseitig durch die Bundesrepublik und wurde nicht in den INF-Vertrag aufgenommen. So war der Weg frei für die Vertragsunterzeichnung am 8. Dezember 1987.

Die USA zerstörten vertragsgemäss 846, die Sowjetunion insgesamt 1846 Raketen. Die letzte Rakete wurde im Mai 1991 demontiert. Die Inspektionsrechte aus dem INF-Vertrag endeten am 31. Mai 2001. An diesem Datum galt der Vertrag auch als vollständig umgesetzt. Der Vertrag hat zwar eine unbegrenzte Laufzeit, aber jede Vertragspartei hat das Recht, ihn mit sechs Monaten Frist aufzukündigen, wenn «ausserordentliche Ereignisse im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Vertrages ihre übergeordneten Interessen beeinträchtigen». Eine Kündigung ist bislang zwar nicht erfolgt, doch ist der INF-Vertrag zunehmend gefährdet.

Fortsetzung Seite 24

## Friedensbewegung auch in der Schweiz

Am 5. November 1983 versammelten sich rund 40'000 Menschen in Bern zu einer der grössten Kundgebungen, die die Schweiz je erlebt hat. Neben der Abschlussveranstaltung auf dem Bundesplatz mit Reden der SchriftstellerInnen Otto F. Walter und Anne Cuneo sowie Liedern von Franz Hohler bildete sich eine riesige Menschenkette von der amerikanischen zur (damals) sowjetischen Botschaft über die Kirchenfeldbrücke zum Bundeshaus, um die beiden Supermächte symbolisch einzukreisen. Auch am Ostermarsch vom 12. April 1982 im Basler Dreieckland unter dem Motto «Der grenzenlose Atomtod bedroht uns alle!» hatten 30'000 Leute teilgenommen.

Bereits Mitte Dezember 1981 hatten sich an einem Friedenstreffen in Luzern auf Initiative des Schweizerischen Friedensrates AktivistInnen getroffen, die unter dem Label *Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden* einen eigenen Ansatz des Widerstandes gegen Atomraketen – die ja nicht in der Schweiz, aber doch ganz in der Nähe stationiert wurden – zu finden. Das Stichwort dazu hatte der Psychoanalytiker und Philosoph Erich Fromm geliefert, der angesichts der Aufrüstungsdynamik von einem weltumspannenden Irrenhaus sprach.



Das Luzerner Treffen formulierte deshalb einen *Aufruf zum Ausbruch aus dem Irrenhaus* und rief zu Aktionen in verschiedenen Formen auf. So stand etwa die Kritik am heute kaum mehr vorstellbaren Zivilschutzbauprogramm (jedem Schweizer, jeder Schweizerin einen Platz im Bunker) im Vordergrund. Dass die Ideologen des Zivilschutzes damit insinuierten, das Schweizer Volk könne auch einen Atomkrieg überleben, war der Gipfel eines behördlichen Zynismus, dem entgegengesetzt wurde, dass der beste Zivilschutz ein atomwaffenfreies Europa sei. (pw)



Schon zum 22. Mal erscheint der Postkartenkalender des Friedensrates, fürs kommende Jahr 2018 zu Armenien. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets von einer Reise Francine Perrets in diesem Frühjahr. Darüber hinaus enthält der Kalender wie immer die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wurde allen Abonentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann unter *info@friedensrat.ch* für 25 Franken nachbestellt werden. Wir ergänzten das Thema des Kalenders 2018 mit Hintergrundberichten zu Armenien in der letzten September-Ausgabe unserer Zeitung.

### Der Völkermord an den Armeniern

Die Armenier, ein christliches Volk, lebten in Siedlungsgebieten im Osmanischen Reich. Anfang des 20. Jahrhunderts kam die jungtürkische Regierung an die Macht und begann, die armenische Bevölkerung systematisch zu vertreiben. Am 24. April 1915 wurden in Istanbul über 200 armenische Führer und Intellektuelle verhaftet und ermordet. Dieses Datum gilt als Auftakt zum Völkermord. Im Schatten des Ersten Weltkriegs kamen zwischen 1915 und 1918 rund 1,5 Millionen ArmenierInnen ums Leben. Entweder wurden sie sofort umgebracht oder sie starben auf den Todesmärschen durch die syrische Wüste. Dieser erste Genozid des 20. Jahrhunderts wird bis heute von der Türkei mit allen Mitteln geleugnet.

### Fragiles Gleichgewicht

Bereits im Februar 2007 erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin in seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz, der Vertrag diene angesichts der von den USA beabsichtigten Aufstellung von Komponenten eines bodengestützten Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen den russischen Sicherheitsinteressen nicht mehr. Die amerikanischen Pläne gefährdeten die strategische Stabilität, was, wie der Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte wenige Tage später ausführte, «geeignete Gegenmassnahmen» erforderlich mache.

Im Juli 2014 erhob das Aussenministerium der USA öffentlich den Vorwurf, Russland habe mehrfach Mittelstreckenraketen getestet und damit gegen den Vertrag verstossen. Um welchen Typ eines bodengestützten Marschflugkörpers es sich gehandelt habe – nur diese sind unter dem INF-Vertrag verboten, nicht aber see- oder flugzeuggestützte –, wurde offiziell nicht bekanntgegeben. Medienberichten zufolge handelt es sich um den Typ Iskander-K R500. Er wurde erstmals 2007 getestet, seine maximale Reichweite ist nicht bekannt, und in den vergangenen Jahren wurde von den USA auch keine Vertragsverletzung geltend gemacht.

### Moskaus Vorwürfe an Washington

Bei Gesprächen einer US-Delegation in Moskau Anfang September 2014 wies Russland die Vorwürfe Washingtons zurück. Dagegen hätten die USA in drei Punkten gegen den INF-Vertrag verstossen: Für Raketenabwehrtests würden die USA Raketen benutzen, die Mittelstreckenraketen ähnelten. Auch die Verwendung von Angriffsdrohnen sei ein Verstoss gegen den INF-Vertrag, weil sie «zu 100 Prozent mit bodengestützten Marschflugkörpern» übereinstimmen.

Darüber hinaus ist Moskau beunruhigt über die Entwicklung der landgestützten Variante des US-Raketenabwehrsystems Aegis Ashore mit der Senkrechtstartanlage «MK 41 Vertical Launching System», die 2015 in Rumänien stationiert wurde und 2018 in Polen eingeführt werden soll. Von diesen Anlagen könnten ausser Abwehrraketen auch Cruise Missiles des Typs Tomahawk und damit vom INF-Vertrag verbotene Waffen gestartet werden.

### Wiederholt sich die Geschichte?

Amerikanische Regierungsvertreter äusserten im Februar 2017 die Überzeugung, Russland habe den Vertrag gebrochen, indem es Mittelstreckenraketen nicht nur produzierte und testete, sondern bereits zwei aktive Bataillone seiner Streitkräfte damit ausgerüstet habe. Die Waffe, von den USA als SSC-8 bezeichnet, soll von Startvorrichtungen auf Lastwagen eingesetzt werden können, die sehr den Fahrzeugen ähneln, die von russischen Truppen für die SS-26-Iskander-Atomrakete benutzt werden. Eine der Einheiten mit dem neuen Rakentyp stehe nach US-Angaben noch beim Raketenerprobungszentrum Kapustin Jar, während die andere bereits abgerückt sei.

In Washington und auch in der NATO wird als Antwort auf die behauptete Verletzung des INF-Vertrages durch Moskau inzwischen über eine westliche «Nachrüstung» mit dieser verbotenen Waffenkategorie diskutiert. Ob sich die Geschichte des Mittelstrecken-Wettrüstens an dieser Stelle einfach wiederholt?



**Andreas Zumach** ist seit 1988 Korrespondent am Genfer Sitz der Vereinten Nationen für die Berliner *tageszeitung taz* und andere Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen im deutschsprachigen Raum und regelmässiger **FRIEDENSZEITUNGS**-Autor sowie Verfasser mehrerer Bücher zur UNO und zu internationalen Konflikten. Zur Zeit der «Nachrüstung» war er friedenspolitischer Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Westberlin, in deren Auftrag er die Bonner Demonstration vom 10. Oktober 1981 organisierte, danach bis 1987 einer der Sprecher des infolge dieser Demonstration gegründeten Bonner Koordinationsausschusses der Friedensbewegung.